

FCG für Verhandlungen statt Streik

Die um 1 % reduzierte Gehaltsanpassung für die Bediensteten des Landes und der Gemeinden wurde am 29. September 2011 mit dem Dienstrechtsänderungsgesetz 2011 beschlossen. Durch viele Verhandlungen seitens des Landespersonalausschusses und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten konnten im Vorfeld viele weitere vorgesehene Belastungen herausverhandelt werden. Unter anderem hat FCG-GdG Landesfraktionsobmann Alfred Luger in Gesprächen mit LH-Stellv. Franz Hiesl erreicht, dass die Datenverarbeitungszulage nicht ersatzlos gestrichen wurde. Viele andere Punkte wurden erfolgreich aus dem Dienstrechtspaket herausreklamiert, darüber hat die FCG-GdG ja bereits in einer Zeitschrift "Netzwerk" im Oktober 2011 informiert.

Was übrig geblieben ist, ist die um 1 % reduzierte Gehaltsanpassung gegenüber dem Bundesabschluss. Wir haben Verständnis für die Argumente des Landes, wonach auch der öffentliche Dienst einen Solidarbeitrag zur Bewältigung der schwierigen Haushaltslage der Oö. Gemeinden leisten soll. Wir stimmen auch damit überein, dass Landes- und Gemeindebedienstete gleich behandelt werden sollten.



Bild: FCG-Vorsitzender Alfred Luger nützt die guten Kontakte zu Gemeindebundobmann LAbg. Johann Hingshammer

Wir wollen die Gleichbehandlung aller Gemeindebediensteten und fordern eine Dienstzeitregelung für die Gemeindebediensteten analog zum Landesdienst (siehe Erläuterung in der Infobox).

Infobox

Was ist die 40-stel-Regelung?

Durch diese Regelung erhalten Landes- und Gemeindebedienstete je Woche 1 Stunde Zeitgutschrift (das bedeutet, dass mehr als 1 Woche im Jahr zusätzliche Freizeit anfällt). Als Gegenleistung wird jedoch innerhalb des Gleitzeitrahmens kein Überstundenzuschlag ausbezahlt. Einzelne Bedienstete, die mehr als 100 Überstunden im Jahr innerhalb des Gleitzeitrahmens (z.B. 6:00 bis 20:00 Uhr) leisten, würden dadurch eventuell leichte Nachteile haben. Der überwiegend größte Anteil der Gemeindebediensteten würde diese Regelung aber sehr viel bringen (mehr als eine Woche zusätzlich Freizeit bedeutet wesentlich mehr als 1% Gehaltserhöhung). Die genaueren Bestimmungen der Landes-Gleitzeitmodelle (Muster) können beim Land (IKD oder Landespersonalabteilung) angefordert werden, bzw. stehen am Gemserver (Erlässe) zum Herunterladen bereit. Auch werden wir uns bemühen, im Zusammenwirken mit dem Land entsprechende Modelle auszuarbeiten und diese den Gemeinden ehestens übersenden.

Um dies zu erreichen, suchen wir den Verhandlungsweg. Daher hat der FCG-GdG Landesfraktionsvorsitzende Alfred Luger am 22. Dezember 2011 mit LH-Stellv. Franz Hiesl ein ausführliches Gespräch über eine noch engere Angleichung des Gemeindedienstrechtes an den Landesdienst geführt. LH-Stellv. Hiesl setzt sich dafür ein, dass man für **alle** Gemeindebediensteten (Verwaltung, Arbeiter im Bauhof, Reinigung, Schulbereich, Altenheimen etc.) ein Dienstzeitmodell findet, welches eine Zeitgutschrift ermöglicht.

Unser Ziel ist, für alle Landes- und Gemeindebediensteten die gleichen dienstrechtlichen Bestimmungen zu erreichen und wir fordern solidarische Gleichbehandlung aller Gemeindebediensteten. Wir wehren uns massiv dagegen, dass einzelne Gemeinden ihren Bediensteten Verbesserungen gewähren, nur um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Streik würde unser Ansehen in der Öffentlichkeit massiv schädigen und wird daher auch von vielen Gemeindebediensteten verpönt. Wir wollen den guten Ruf, den sich der öffentliche Dienst in den letzten Jahren erarbeitet hat, nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Am 11. Jänner 2012 fand nun eine Verhandlung mit Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und Vertretern des Gemeinde- und Städtebundes statt. Darüber wurde in den Aussendungen der GdG und in vielen Zeitungsmeldungen informiert.

Die Fraktion christlicher Gewerkschafter der Gemeindebediensteten hat nach diesem Gespräch folgendes einstimmig festgelegt:

Faktum ist die klare Aussage des Landeshauptmannes, dass die 1 %-ige Reduktion der Gehaltsanpassung 2012 in Oberösterreich unter keinen Umständen mehr zurückgenommen wird, weshalb wir darüber nicht mehr weiterverhandeln brauchen. Der Landeshauptmann hat jedoch angeboten, einen Arbeitskreis mit dem Ziel einzurichten, eine vollkommene Angleichung der Dienstrechte zwischen Landes- und Gemeindebediensteten zu erarbeiten. Dazu müssen wir erheben, in welchen Gemeinden Erlässe des Landes (welche natürlich für den Landesbereich gelten) in den Gemeinden (nicht) umgesetzt werden. Wir haben von vielen Bediensteten immer wieder Klagen gehört, dass für den Bereich der jeweiligen Gemeinde einzelne Erlässe nicht umgesetzt wurden. Es besteht daher der Verdacht, dass in vielen (insbesondere Klein- und Mittel-) Gemeinden die Bediensteten schlechter gestellt sind, als im Landesbereich, in den Magistraten und in den großen Städten. Auch wurde die Landes-Dienstzeitregelung (39 Stunden-Woche bzw. 40-stel Bestimmung) in sehr wenigen Gemeinden bisher umgesetzt.

Die FCG wird daher in Hinkunft einem eventuellen Streikbeschluss nicht zustimmen.

Weiters werden wir mit Nachdruck verlangen, dass die GdG der Errichtung des Arbeitskreises zur Angleichung der Gehalts- und Dienstrechte zwischen Gemeinde- und Landesbediensteten zustimmt.



Die FCG-GdG unterstützte die Demo als richtiges Mittel zur richtigen Zeit.

Wir sind der Ansicht, dass wir mit den bisherigen Maßnahmen (Unterschriftenaktion und Demo am 5. Dezember 2011 in Linz) sehr stark aufgezeigt haben, dass man über die Gemeindebediensteten nicht drüberfahren kann. Deshalb hat auch LH-Stellv. Franz Hiesl in seinem Schreiben am 10.1.2012 an alle ÖVP Bürgermeister und FCG Vertreter darauf hingewiesen, dass er sich dafür einsetzt, dass alle Gemeindebediensteten die flexible Dienstzeitregelung mit der 39-Stunden-Woche des Landes bekommen. Der Gesprächstermin mit Landeshauptmann Dr. Pühringer am 11.1.2012 war ebenso eine Folge der bisherigen Maßnahmen der GdG, wie das Verhandlungsangebot des Städte- und Gemeindebundes, mit der GdG weiter Lösungen zur Verbesserung der heurigen Mindervalorisierung zu suchen.



Mit Verhandlungen werden wir mehr erreichen, als mit Streik, ist die FCG in der GdG überzeugt.

Wir denken, die zuständigen Landes- und Gemeindepolitiker zeigen damit ihren Verhandlungswillen und respektieren uns als Verhandlungspartner. Wir sollten da nicht die offene Tür zuwerfen und mit einem Streik zukünftige konstruktive Gespräche verhindern.

Uns stehen noch große Aufgaben bevor: Viele Arbeitsplätze in den Gemeinden sind in Gefahr! Die Bundesregierung beabsichtigt viele Dienstposten in den nächsten Jahren einzusparen und diese Vorgaben werden auch von den Ländern und Gemeinden verlangt.

Auch die Absicht des Landes, verstärkt Gemeindeverwaltungsgemeinschaften einzurichten, gefährdet Arbeitsplätze (welches Ziel hätte sonst diese Maßnahme?).

Wir müssen uns daher sehr gut aufstellen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen in den Gemeinden ist ein vorrangiges Ziel von uns Christgewerkschaftern, meint abschließend der FCG-GdG Landesfraktionsvorsitzende Alfred Luger.